

# Palästina: Bund ergreift Massnahmen

Bern geht gegen palästinensische Hilfsorganisationen vor, die den Terror verherrlichen

Denis von Burg

**Bern** Das Schweizer Aussenministerium (EDA) unterstützt nicht nur eine palästinensische Hilfsorganisation, die den Terrorismus verherrlicht. Recherchen zeigen nun, dass sogar mehrere NGOs Bundesgelder erhalten, die sich im Umfeld des palästinensischen Terrorismus bewegen oder in ihren Reihen Antisemitismus zulassen.

Der Fall T. zum Beispiel. T. ist eine Aktivistin des Women's Centre for Legal Aid and Counseling (WCLAC). Auf Twitter hat sie sich wiederholt antisemitisch geäussert, zur Tötung jüdischer Siedler, ja zur Vernichtung der Juden aufgerufen. Die von verschiedenen jüdischen Organisationen dokumentierten Tweets können im Original überprüft werden: So postete T. 2016 ein Bild, auf dem Hitler dem Grossmufti zum Judenmord gratuliert und kommentierte: «Netanjahu sollte vorsichtig sein.» Das kann als Androhung eines neuen Holocausts verstanden werden.

WCLAC hat sich nie von diesen Äusserungen distanziert. Im Gegenteil, man klagte bei der UNO gegen die Angriffe auf die «Menschenrechtsverteidigerin T.». Das WCLAC wird vom Human

Rights and International Law Secretariat unterstützt, das von der Schweiz zusammen mit Holland, Schweden und Dänemark finanziert wird. Gemäss dem Secretariat gingen 710 000 Dollar an WCLAC.

Über dieses «Sekretariat» flossen Bundesgelder auch an das Women's Affairs Technical Committee (WATC). Diesem wird vorgeworfen, den palästinensischen Terror zu verherrlichen, wie die SonntagsZeitung vor zwei Wochen berichtete.

Grund: Das WATC hatte ein mit Hilfsgeldern errichtetes Jugendzentrum einer palästinensischen Top-Terroristin gewidmet.

Und das Secretariat vermittelt Schweizer Hilfsgelder auch an Organisationen, die unter Verdacht stehen, sogar direkte Verbindungen mit dem palästinensischen Terrorismus zu haben.

**Untersuchung zeigt, «dass ein Fehlverhalten vorliegt»**

Die Organisation al-Haq hat ebenfalls 710 000 Dollar erhalten. Ihr werden in Israel enge Beziehungen zu palästinensischen Terrorgruppen vorgeworfen. Generalsekretär Shawan Jabarin wird zwar von verschiedenen Menschen-



Palästinensische NGOs: Antisemitisch und Israel-feindlich

rechtsorganisationen geachtet, hatte in den 90er-Jahren aber nachgewiesene Beziehungen zur Popular Front for the Liberation of Palestine. Die PFLP gilt in den USA, Kanada und der EU als Terrororganisation. Die Beziehungen Jabarins zur PLFP sollen nach wie vor andauern.

Al-Haq, WCLAC und weitere vom «Sekretariat» unterstützte Organisationen rufen immer wieder zum Boykott israelischer Produkte auf. Im Mai 2016 veröffentlichte al-Haq einen Aufruf zum Boykott einer Orange-Tochter, die für

Israel in palästinensischen Gebieten tätig war. An verschiedenen Symposien verlangten al-Haq Vertreter einen «Bann» für israelische Produkte.

Jetzt will das EDA handeln. Vor zwei Wochen hat das Aussendepartement eine Untersuchung der Geldflüsse angekündigt. Die hat jetzt offensichtlich die Vorwürfe bestätigt, wie das Departement gegenüber der SonntagsZeitung erklärt: «Die Untersuchung durch die Schweiz und die anderen Donors hat ergeben, dass ein Fehlverhalten vorliegt.»

Das EDA will die einzelnen Vorfälle nicht kommentieren, stellt jedoch klar, dass Antisemitismus und Aufrufe zu Gewalt, aber auch zum Boykott israelischer Waren nicht mit der Unterstützung zu vereinbaren seien.

Und man kündigt Konsequenzen an: «Die Schweiz, Schweden, die Niederlande und Dänemark werden gemeinsam entsprechende Massnahmen ergreifen.» Diese sollen zusammen mit den Partnerländern beschlossen werden. Dänemark hat schon Anfang Juni die Zahlungen bis auf weiteres ausgesetzt.

Offen bleibt, warum das Aussendepartement erst jetzt reagiert, obwohl einige der Fälle Jahre zurückliegen. Das Aussendepartement gibt an, von seinen Partnern auf die Vorfälle aufmerksam gemacht worden zu sein. Doch die Indizien mehren sich, dass man in Bern schon lange vorher Hinweise auf das problematische Verhalten von NGOs hatte, die in den Genuss von Bundesgeldern kommen. Mehrmals haben gemäss Informationen der SonntagsZeitung Vertreter jüdischer oder Israel-naher Organisation im Aussenministerium vorgesprochen und, wie sie glauben, «Belege für Antisemitismus und Terrornähe» vorgelegt.

Anzeige

# Sommer-Aktion auf [galaxus.ch](http://galaxus.ch)

Gültig bis 27.6.17



 GALAXUS

Profitiere auf: [galaxus.ch/sommer](http://galaxus.ch/sommer)